

Mehr Einwanderung hätte den Vorteil, dass der demografische Wandel etwas abgefedert würde. Wenn sich das Land so weiterentwickelt wie bisher, dann wird im Jahr 2030 ein Viertel der Bevölkerung über 65 Jahre alt sein. Ist unser Renten- und Pensionskassensystem jetzt gut genug aufgestellt, um diesen Wandel zu meistern?

Vor dieser Herausforderung steht ganz Europa. Die kürzlich vorgestellte Publikation zu den Bevölkerungsszenarien für Liechtenstein zeigt die gleiche Entwicklung auch für die Schweiz und Österreich. Zudem darf man nicht vergessen, dass wir pro Jahr zwischen 500 und 600 Aufenthaltsbewilligungen an Ausländer vergeben, das heisst, Liechtenstein ist ein Einwanderungsland. Unser Renten- und Pensionskassensystem ist sicher gut aufgestellt. Dennoch führt der demografische Wandel zu grossen Herausforderungen. Und genau deshalb haben wir auch entsprechende Reformen im Bereich der AHV und der betrieblichen Pensionskasse umgesetzt.

Ist die steigende Zahl an Grenzgängern Chance oder Gefahr für unsere Sozialsysteme?

Wir brauchen ein Wirtschaftswachstum, damit wir unsere Sozialsysteme auch in Zukunft finanzieren können. Vor diesem Hintergrund sehe ich die steigende Zahl an Grenzgängern als Chance für unsere Sozialsysteme.

Wie sieht es im Bereich der Pflege aus? Es wird auch immer mehr Hoch-

betagte geben, die es zu versorgen gilt. Wer wird dafür bezahlen?

Das ist ein sehr wichtiges Thema, dem wir uns in naher Zukunft stellen müssen. Damit sind auch ethische Fragen verbunden wie die Frage nach der Würde des Lebens und welches Verhältnis die moderne Gesellschaft zum Tod hat. Ein Ansatz, um die Finanzierung der Pflege sicherzustellen, ist die Einführung einer Pflegeversicherung.

Derzeit läuft eigentlich die gesamte Pflege über den Staat. Die Stiftung Zukunft.li hat kürzlich angeregt, den Pflegemarkt stärker zu privatisieren. Können Sie dieser Idee etwas abgewinnen?

Ich verschliesse mich solchen Überlegungen nicht und finde es richtig, wenn bestimmte Bereiche privatisiert werden. Allerdings darf diese Frage nicht ausschliesslich auf den finanziellen Aspekt reduziert werden. Es darf nicht sein, dass die persönlichen finanziellen Möglichkeiten ausschlaggebend sind für die Inanspruchnahme von Pflegeleistungen. Hier hat der Staat doch eine relevante Rolle zu spielen.

Einerseits wandelt sich die Arbeitswelt rasch, andererseits wird in gewissen

Staaten bereits über ein Rentenalter 67 nachgedacht. Geht das überhaupt in einer Welt, in der Junge die alten Hasen dank Digitalisierung früh links überholen?

Wir befinden uns hier in einem grossen Spannungsfeld. Einerseits werden die Menschen immer älter, was dazu führt,

«Ein Ansatz, um die Finanzierung der Pflege sicherzustellen, ist die Einführung einer Pflegeversicherung.»

dass mehr Jahre im Pensionsalter finanziert werden müssen. Verschärft wird dieser Trend durch die demografische Entwicklung, das heisst, immer weniger arbeitende Menschen finanzieren immer mehr Rentner. Zudem nehmen die Anforderungen ständig zu und viele können den Anforderungen

der neuen Welt nicht mehr entsprechen. Andererseits gibt es auch zunehmend Menschen, die auch im Rentenalter fit sind, gerne länger arbeiten und ihre Erfahrungen einbringen möchten. Gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels wird dieser Aspekt immer wichtiger. Deshalb spreche ich mich für ein flexibles Rentenalter aus. Wir haben bereits heute ein sehr gutes System, welches den individuellen Wünschen stark entgegenkommt.